



Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in öffentlich vermittelter Kindertagespflege der Stadt Cottbus/Chósebuz

(ELTERNBEITRAGSSATZUNG KINDERTAGESPFLEGE)

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz hat in ihrer Tagung am 29.05.2024 folgende „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in öffentlich vermittelter Kindertagespflege der Stadt Cottbus/Chósebuz“ beschlossen:

Rechtsgrundlagen

- § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der Fassung und Bekanntmachung vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286) in der aktuell gültigen Fassung,
- §§ 22 ff., 23, 24 und 90 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe) in der Fassung und Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S. 2022), in der aktuell gültigen Fassung
- §§ 1, 2, 2a, 12, 17 bis 22 des Kindertagesstättengesetzes Brandenburg in der Bekanntmachung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - Kindertagesstättengesetz (KitaG) vom 27.06.2004 (GVBl. I S. 384), in der aktuell gültigen Fassung
- §§ 24 bis 49 (Abschnitt 7) KitaG in der Fassung des Gesetzes zur Stärkung der Kindertagespflege vom 28.06.2023 (GVBl. I Nr. 12)
- §§ 67 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - Sozialverfahren und Sozialdatenschutz - (SGB X, 2. Kapitel) in der Fassung und Bekanntmachung vom 18.01.2001 (BGBl. I S. 130) in der aktuell gültigen Fassung
- Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Gute-Kita-Gesetz) des Bundes vom 19.12.2018
- Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBV) des Landes Brandenburg vom 16.08.2019 (GVBl. II/19, Nr.61), in der aktuell gültigen Fassung

§ 1 Erhebungsgrundsatz

(1) Die Stadt Cottbus/Chósebuz stellt auf der Grundlage der Vorschrift des § 24 KitaG Plätze in der Kindertagespflege zur Verfügung.



(2) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagespflege werden gemäß §§ 44 und 17 KitaG sowie 90 Absatz 1 Nr. 3 SGB VIII Elternbeiträge nach dieser Elternbeitragsatzung erhoben. Die Elternbeiträge beziehen sich auf alle mit der Bildung, Erziehung, Betreuung und Versorgung des Kindes verbundenen Leistungen. Grundsätzlich werden Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres in einer Kindertagespflege aufgenommen. Kinder im Kindergartenalter (ab der Vollendung des 3. Lebensjahres) und Kinder im Hortalter (ab Schuleintritt) können gemäß § 26 Absatz 2 i.V.m. § 2 Absatz 6 KitaG ebenfalls durch eine Kindertagespflegeperson betreut werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden.

(3) Zusätzlich zu dem Elternbeitrag haben die Personensorgeberechtigten gemäß § 44 Absatz 6 i.V.m. § 17 Absatz 1 KitaG einen Zuschuss zur Versorgung mit Mittagessen in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen (Essengeld) zu entrichten.

(4) Das Kita-Jahr beginnt gemäß § 2 Absatz 4 KitaG am 1. August eines Jahres und endet am 31. Juli des darauffolgenden Jahres.

§ 2 Elternbeitragspflichtige

(1) Die elternbeitragspflichtige Person übt die Personensorge für das betreute Kind aus und lebt mit diesem in einem gemeinsamen Haushalt. Leben mehrere Personensorgeberechtigte mit dem Kind in einem Haushalt, sind sie Gesamtschuldende.

(2) Personensorgeberechtigt ist, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) die Personensorge zusteht.

§ 3 Entstehen und Fälligkeit der Elternbeitragspflicht

(1) Die Elternbeitragspflicht entsteht gemäß § 90 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII i.V.m. § 44 Absatz 1 sowie § 17 Absatz 1 KitaG mit der vertraglich vereinbarten Aufnahme eines Kindes in die Kindertagespflege und wenn für dieses Kind eine laufende Geldleistung gemäß § 23 SGB VIII i.V.m. § 43 KitaG an die Kindertagespflegeperson gezahlt wird.

(2) Bei erstmaliger Aufnahme von Kindern kann eine Eingewöhnungszeit bei zeitweiliger Anwesenheit der Eltern vereinbart werden. Da gemäß § 38 Absatz 3 KitaG Kinder in der Eingewöhnungszeit einen vollen Platz belegen, wird für die Eingewöhnung ebenfalls ein Elternbeitrag erhoben.

(3) Der Elternbeitrag wird grundsätzlich für die Dauer des Kita-Jahres festgesetzt und wird im Voraus zum 01. eines jeden Kalendermonats fällig.



(4) Beginnt oder endet in Ausnahmefällen das vertraglich vereinbarte Betreuungsverhältnis innerhalb eines Monats, wird ein anteiliger Elternbeitrag erhoben. Bei der Berechnung des anteiligen Betrages wird der Monat zu 20 Tagen gerechnet.

(5) Die Elternbeitragspflicht für den belegten Betreuungsplatz besteht unabhängig davon, ob die Kindertagespflege besucht wird.

(6) Muss innerhalb eines Monats eine Änderung der Betreuungszeit vereinbart werden, weil sich der Rechtsanspruch ändert, wird der entsprechend höhere oder niedrigere Elternbeitrag mit Beginn des Folgemonats wirksam.

(7) Endet das Betreuungsverhältnis vor Ablauf des Kita-Jahres, entfallen die übrigen Teilbeträge.

§ 4 Höhe des Elternbeitrages

(1) Die Höhe des Elternbeitrages richtet sich gemäß §§ 90 SGB VIII, 44 Absatz 3 und 17 Absatz 2 KitaG nach dem vertraglich vereinbarten Maß der Inanspruchnahme der Kindertagespflege, der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder im Haushalt sowie dem Nettoeinkommen des vorangegangenen Kalenderjahres der Eltern, welche mit dem Kind in einem gemeinsamen Haushalt leben. Der maßgebliche Elternbeitrag ist der jeweiligen Tabelle aus den Anlagen zu entnehmen.

Dabei wird folgende prozentuale Staffelung durch die Stadt Cottbus/Chósebuz vorgenommen:

1. Für ein unterhaltsberechtigtes Kind wird der volle Elternbeitrag gemäß Elternbeitragstabelle (100 %) erhoben.
2. Für zwei unterhaltsberechtigten Kinder ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 20 % (80 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
3. Für drei unterhaltsberechtigten Kinder ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 40 % (60 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
4. Für vier unterhaltsberechtigten Kinder ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 60 % (40 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
5. Für fünf unterhaltsberechtigten Kinder ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 80 % (20 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
6. Ab sechs unterhaltsberechtigten Kindern ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 100 %. Es wird kein Elternbeitrag erhoben.



(2) Unterhaltsberechtigten im Sinne dieser Elternbeitragssatzung sind alle Kinder, für die Kindergeld bezogen wird. Bei unterhaltsberechtigten Kindern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben oder im laufenden Kita-Jahr vollenden werden und noch im Haushalt der Eltern leben, ist die Unterhaltsberechtigung an Hand von aktuellen Nachweisen des Kindergeldbezuges glaubhaft zu machen. Für unterhaltsberechtigten Kinder ab dem vollendeten 18. Lebensjahr, die nicht mehr im elterlichen Haushalt leben, kann Absatz 9 zutreffend sein.

(3) Einkommen im Sinne dieser Elternbeitragssatzung ist die Summe aller positiven Einkünfte und steuerfreien Einnahmen der Eltern abzüglich der Werbungskosten bzw. der Betriebsausgaben, der Einkommen- bzw. Lohnsteuer, der Kirchensteuer, ggf. des Solidaritätszuschlags sowie der Beiträge zur Sozialversicherung (Jahresnettoeinkommen). Dazu zählen auch erzielte Einkünfte aus dem Ausland.

(4) Die in Abzug zu bringende Werbungskostenpauschale richtet sich nach dem Einkommensteuergesetz in der aktuell gültigen Fassung. Höhere Werbungskosten finden anhand des Einkommensteuerbescheides des betreffenden Jahres Berücksichtigung. Liegt der Einkommensteuerbescheid noch nicht vor, kann vorläufig von einer Schätzung ausgegangen werden.

(5) Das Jahresnettoeinkommen bei nichtselbstständiger Tätigkeit setzt sich aus dem Jahresbruttoeinkommen, inklusive Sonderzahlungen (z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld, Prämien), abzüglich Lohn- und Kirchensteuer, ggf. Solidaritätszuschlag und Arbeitnehmeranteil der Beiträge zur Sozialversicherung, zusammen. Dieses Einkommen ist durch die Lohnsteuerbescheinigung/-en, den Einkommensteuerbescheid und/oder vollständige Lohn- und Gehaltsnachweise nachzuweisen.

(6) Bei Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit ergibt sich das Jahresnettoeinkommen aus der Summe der positiven Einkünfte (Einnahmen abzüglich Betriebsausgaben) abzüglich Einkommen- und Kirchensteuer sowie ggf. dem Solidaritätszuschlag und abzüglich der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung und den Aufwendungen für die Altersvorsorge, jedoch maximal bis zur jeweils geltenden Beitragsbemessungsgrenze. Dieses Einkommen ist vorrangig durch den Einkommensteuerbescheid nachzuweisen. Für die vorläufige Festsetzung des Elternbeitrages kann von einer Einkommensselbsteinschätzung ausgegangen werden.

(7) Einkünfte, welche weder aus selbstständiger noch aus nichtselbstständiger Tätigkeit erlangt werden, sind sonstige Einnahmen. Dazu zählen alle Einnahmen, die steuerpflichtig und/oder steuerfrei sind und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen.

Sonstige Einnahmen sind u.a.:

- Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit
- Einkünfte aus Kapitalvermögen
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- wegen Geringfügigkeit vom Arbeitgeber pauschal versteuerte Einkommen
- Pensionen und Renten für Eltern (z. B. Halbwaisen- und Waisenrente, Witwenrente, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitsrente)
- Unterhaltsleistungen für Eltern (z. B. Ehegattenunterhalt, Trennungsunterhalt, Betreuungsunterhalt, freiwillige Unterhaltszahlungen)
- Unterhalt, Unterhaltsvorschussleistungen des zu betreuenden Kindes



- Einnahmen nach dem SGB III - Arbeitsförderung (z. B. Arbeitslosengeld I, Gründungszuschuss, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Ausbildungsgeld, Berufsausbildungsbeihilfe)
- sonstige Leistungen nach anderen Sozialgesetzen: Krankengeld, Kinderpflegekrankengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, Leistungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz, Leistungen nach dem Wehrsoldgesetz
- Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) unter Berücksichtigung des § 10 BEEG

(8) Nicht zur Berechnung des Elternbeitrages herangezogen werden:

- Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) i.V.m. dem Einkommensteuergesetz (EStG)
- Pflegegeld
- Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
- Stipendien
- Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz
- Betriebliche Altersvorsorge
- Baukindergeld des Bundes

(9) Eine Minderung des Einkommens erfolgt durch nachgewiesene Unterhaltszahlungen zur Erfüllung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung.

(10) Es erfolgt keine Verrechnung von positiven Einkünften mit Verlusten.

(11) Steht eine Person der Lebensgemeinschaft bzw. Ehe in keiner kindschaftsrechtlichen Beziehung zu dem zu betreuenden Kind, so bleibt dieses Einkommen unberücksichtigt.

(12) Bei Verringerung des Einkommens gegenüber dem zu Grunde zu legendem Kalenderjahr besteht die Möglichkeit die Einkünfte des aktuellen Kalenderjahres einzureichen. Dieses zeigen die Eltern vorrangig bei der „Erklärung zum Einkommen“ für das jeweilige Kita-Jahr an.

(13) Jede Veränderung der familiären Verhältnisse ist der Stadt Cottbus/Chósebus unaufgefordert und zeitnah mitzuteilen.

Dies gilt grundsätzlich bei:

- Eheschließung der Eltern
- Bildung eines gemeinsamen Haushaltes der Eltern
- Trennung und/oder Scheidung der Eltern mit einhergehender räumlicher Trennung
- Ausübung des Wechselmodells bei getrenntlebenden Personensorgeberechtigten
- Todesfall eines Elternteils oder Geschwisterkindes
- Geburt eines weiteren im Haushalt lebenden Kindes
- Auszug eines Geschwisterkindes
- Ende des Kindergeldbezuges bei volljährigen Geschwisterkindern
- Adoption
- Änderung der Vormundschaft und des Sorgerechts



In den vorgenannten Fällen wird innerhalb eines Kita-Jahres der Elternbeitrag mittels Änderungsbescheides festgesetzt. Der Elternbeitrag wird insbesondere bei Erhöhung des Einkommens der Eltern rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Veränderung und bei Verringerung des Einkommens ab Bekanntgabe in schriftlicher Form für den laufenden Monat festgesetzt. Gleiche Regelungen treffen bei der Überprüfung von Amts wegen auf den Einzelfall zu.

(14) Jede Veränderung der finanziellen Verhältnisse ist der Stadt Cottbus/Chósebuz unaufgefordert und zeitnah mitzuteilen. Dies gilt grundsätzlich bei Verringerung und Erhöhung des Einkommens im aktuellen Kalenderjahr. Der Elternbeitrag wird bei Erhöhung des Einkommens der Eltern rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Veränderung und bei Verringerung des Einkommens ab Bekanntgabe in schriftlicher Form für den laufenden Monat mittels Änderungsbescheides festgesetzt.

(15) Werden nach Aufforderung keine oder unvollständige Einkommensnachweise vorgelegt, so wird der jeweils ausgewiesene Höchstbeitrag der Elternbeitragstabelle festgesetzt.

(16) Überschreitet das Jahresnettoeinkommen der Eltern die Einkommenshöchstgrenze, so kann auf die Vorlage der Einkommensnachweise verzichtet werden, wenn dies vorher, vorrangig mit der „Erklärung zum Einkommen“ des jeweiligen Kita-Jahres, schriftlich angezeigt worden ist. Der Höchstbeitrag wird damit auf Antrag festgesetzt.

§ 5 Erhebung des Elternbeitrages im Falle eines Wechselmodells

(1) Leben die personensorgeberechtigten Eltern eines Kindes getrennt und betreuen das Kind abwechselnd in ihren Haushalten (Wechselmodell), werden die personensorgeberechtigten Eltern gesondert zur Elternbeitragsberechnung herangezogen.

(2) Der monatliche Elternbeitrag wird anhand des Jahresnettoeinkommens des jeweiligen Elternteils, dem vertraglich vereinbarten Betreuungsumfang sowie der Anzahl der im Haushalt lebenden unterhaltsberechtigten Kinder erhoben. Die Festsetzung des Elternbeitrages erfolgt anteilig nach dem Betreuungsverhältnis des Wechselmodells der Eltern.

§ 6 Erhebung des Elternbeitrages in sonstigen Fällen

(1) Für Kinder aus Pflegefamilien, Heimen und sonstigen betreuten Wohnformen (§§ 19, 33 und 34 SGB VIII) übernimmt gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 KitaG der für die Gewährung dieser Hilfe zur Erziehung zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Elternbeiträge in Höhe des Durchschnitts der Elternbeiträge des Trägers.



(2) Für die in Absatz 1 genannten, in der Kindertagespflege betreuten Kinder werden folgende Kosten-sätze festgelegt:

- tägliche Betreuungszeit bis zu 6 Stunden: 91,00 €/Monat (Tagessatz 4,55 €)
- tägliche Betreuungszeit bis zu 7 Stunden: 93,00 €/Monat (Tagessatz 4,65 €)
- tägliche Betreuungszeit bis zu 8 Stunden: 96,00 €/Monat (Tagessatz 4,80 €)
- tägliche Betreuungszeit bis zu 9 Stunden: 99,00 €/Monat (Tagessatz 4,95 €)
- tägliche Betreuungszeit bis zu 10 Stunden: 101,00 €/Monat (Tagessatz 5,05 €)

(3) Im Falle einer Amtsvormundschaft oder gesetzlich übertragenen Vormundschaft mit einhergehender Personensorge für das betreute Kind wird kein Elternbeitrag erhoben.

(4) Kinder, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Zuständigkeitsbereich eines anderen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe (Fremdgemeinde) haben, können in einer Kindertagespflege in Cottbus/Chósebus betreut werden, wenn der für das Kind zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe durch schriftliche Erklärung (Kostenübernahmeerklärung) die Zahlung eines angemessenen Kostenausgleiches (vgl. § 43 Absatz 5 KitaG) zugesagt hat. Die Elternbeiträge werden in diesem Fall wie in den §§ 4 und 8 dieser Satzung beschrieben erhoben und festgesetzt.

§ 7 Platzteilung („Platz-Sharing“)

(1) Durch das Gesetz zur Stärkung der Kindertagespflege vom 28.06.2023 ist gemäß § 38 Absatz 2 KitaG die Möglichkeit einer Platzteilung („Platz-Sharing“) vorgesehen, bei welchem sich 2 oder mehr Kinder einen Betreuungsplatz teilen können. Die Möglichkeit einer solchen Platzteilung setzt voraus, dass die in der Platzteilung von der Kindertagespflegeperson betreuten Kinder nicht zeitgleich betreut werden.

(2) Wird ein Platz-Sharing gemäß § 38 Absatz 2 KitaG beabsichtigt, so ist dies dem Jugendamt ausdrücklich gemäß § 39 Absatz 5 Satz 1 KitaG anzuzeigen. Die entsprechende schriftliche Anzeige muss genaue Angaben zum beabsichtigten Betreuungszeitraum - aufgeschlüsselt nach den jeweils zu betreuenden Kindern und unter Angabe von Wochentagen und Uhrzeiten - enthalten.

(3) Der Elternbeitrag wird entsprechend der Betreuungszeit und wie in § 4 dieser Satzung beschrieben für jedes Kind einzeln erhoben.

(4) Der Eigenanteil zur Mittagsversorgung (vgl. § 12 dieser Satzung) kann nur bei den Personensorgeberechtigten erhoben werden, dessen Kind auch über die Mittagszeit anwesend ist.



§ 8 Festsetzung des Elternbeitrages

(1) Die Elternbeitragspflichtigen werden zur Einkommensabgabe von Amts wegen aufgefordert. Der Kostenbeitrag für den Besuch einer Kindertagespflege wird gemäß § 44 Absatz 5 Satz 1 KitaG durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe festgesetzt und erhoben. Die Festsetzung erfolgt für die Dauer eines Kita-Jahres mittels Bescheides.

(2) Können Nachweise nicht vollständig erbracht werden, da diese noch nicht vorliegen, erhalten die Personensorgeberechtigten einen vorläufigen Elternbeitragsbescheid. Dieser wird nach unaufgeforderter Glaubhaftmachung des tatsächlichen Einkommens durch einen endgültigen Elternbeitragsbescheid ersetzt.

(3) Elternbeiträge unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Brandenburg (VwVGBbg).

§ 9 Befreiung von Elternbeiträgen

(1) Gegenüber Personensorgeberechtigten, denen ein Elternbeitrag nach § 90 Absatz 4 SGB VIII i.V.m. § 2 Absatz 1 KitaBBV nicht zu zumuten ist, wird kein Elternbeitrag erhoben. Das ist der Fall, wenn Eltern oder Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II, Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des SGB XII oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) erhalten oder die Eltern des Kindes Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) beziehen. Hierfür sind die aktuellen Leistungsbescheide einzureichen. Ein Elternbeitrag ist auch dann nicht zuzumuten, wenn das Jahresnettoeinkommen der Eltern unter 20.000 Euro liegt (Geringverdienende, vgl. § 50 Absatz 1 KitaG).

(2) Es wird kein Elternbeitrag gemäß § 17a Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 2 KitaG erhoben, wenn sich Kinder im letzten Jahr oder im vorletzten Jahr vor der Einschulung befinden. Diese Befreiungen gelten gemäß § 17a Absatz 3 Satz 1 für ein Kita-Jahr. Die Beitragsbefreiung nach § 17a Absatz 1 Nr. 1 (letztes Jahr vor der Einschulung) verlängert sich laut § 17a Absatz 3 Satz 3 um die Zeit der Rückstellung vom Schulbesuch nach Brandenburgischem Schulgesetz.

(3) Des Weiteren gilt eine Beitragsbefreiung gemäß § 17a Absatz 1 Nr. 3 i.V.m § 17a Absatz 3 Satz 5 KitaG für Kinder ab der Vollendung des 3. Lebensjahres, wenn diese noch nicht eingeschult worden sind. Diese Befreiung beginnt ab dem Monat, in dem das Kind das 3. Lebensjahr vollendet hat.



§ 10 Erlass des Elternbeitrages

(1) Der im Einzelfall festgesetzte Elternbeitrag kann auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Erhebung des vollen Kostenbeitrages unbillig wäre. Über den Antrag entscheidet das Jugendamt der Stadt Cottbus/Chóšebuz nach pflichtgemäßem Ermessen.

§ 11 Auskunftspflichten, Datenschutz

(1) Die Eltern haben auf Verlangen der Stadt Cottbus/Chóšebuz schriftlich das zur Bemessung des Elternbeitrages maßgebliche Einkommen im Sinne dieser Elternbeitragsatzung anzugeben und nachzuweisen.

(2) Im Übrigen müssen die Elternbeitragspflichtigen der Stadt Cottbus/Chóšebuz alle Auskünfte erteilen, die im Rahmen des Schuldverhältnisses von Bedeutung sind.

(3) Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Leistungsverpflichteten ist zulässig, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben zur Festsetzung und Erhebung der Elternbeiträge sowie des Essengeldes erforderlich ist. Rechtsgrundlage für den Umgang mit den erhobenen Daten ist das Zweite Kapitel des SGB X (Sozialverfahren und Sozialdatenschutz) und die damit im Zusammenhang stehenden Gesetze und Verordnungen.

§ 12 Mittagsverpflegung/Essengeld

(1) Ein Eigenanteil zur Mittagsverpflegung ist gemäß § 44 Absatz 6 Satz 1 i.V.m § 17 Absatz 1 KitaG in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen (Essengeld) zu entrichten. Dieser Anteil ist nicht mit dem Elternbeitrag abgedeckt und wird von der Stadt Cottbus/Chóšebuz als Pauschalbetrag¹ erhoben. Ein Anspruch auf Rückerstattung besteht grundsätzlich nicht.

(2) Essengeldpflichtige Person ist die Person mit Personensorgerecht, die mit dem Kind in einem gemeinsamen Haushalt lebt. Leben mehrere Personensorgeberechtigte mit dem Kind in einem Haushalt, sind sie Gesamtschuldende. Essengeldpflichtig ist auch die Person, das Heim oder eine sonstige Betreuungseinrichtung, bei dem/der das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(3) Der von den Personensorgeberechtigten zu entrichtende Kostenbeitrag in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen (Essengeld) beträgt für die

¹ Berechnung des Eigenanteils der Essengeldpauschale: ersparte Eigenaufwendung * 20 Tage * 10 Monate / 12 Monate



Betreuung in der Kindertagespflege im Krippen- und Kindergartenalter (0 Jahre bis Schuleintritt) täglich 2,35 €. Für Kinder im Hortalter (mit Beginn des Schuleintritts) wird über den zu entrichtenden Kostenbeitrag in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen (Essengeld) eine Einzelfallentscheidung getroffen.

(4) Die Essengeldpauschale wird grundsätzlich für die Dauer des Kita-Jahres und mittels Bescheides festgesetzt. Sie ist im Voraus zum 01. eines jeden Kalendermonats fällig. Endet das Betreuungsverhältnis vor Ablauf des Kita-Jahres, entfallen die übrigen Teilbeträge. Bei der anteiligen Erhebung des Essengeldes wird der Monat zu 20 Betreuungstagen gerechnet.

(5) Leben die personensorgeberechtigten Eltern eines Kindes getrennt und betreuen das Kind abwechselnd in ihren Haushalten (Wechselmodell), erhalten die personensorgeberechtigten Eltern jeweils einen gesonderten Bescheid zur Festsetzung des anteiligen Essengeldes.

(6) Für Kinder, die den 9. Lebensmonat noch nicht vollendet haben und für Kinder, die sich in der Eingewöhnung befinden, wird kein Eigenanteil für die Mittagsverpflegung erhoben, da die Verpflegung mit Mittagessen bei der kurzweiligen Anwesenheit der Kinder außerhalb der Mittagszeit nicht erforderlich ist.

(7) Im Ausnahmefall kann auf Antragstellung der Personensorgeberechtigten bei einem längeren Fernbleiben des Kindes über einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens 3 Wochen (z. B. bei Krankenhausaufenthalt, Kuraufenthalte) die Rückrechnung des Essengeldes erfolgen. Geeignete Nachweise sind zu erbringen. In diesen Fällen wird nach Einzelfallentscheidung ein gesonderter Bescheid erlassen.

(8) Besteht ein Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT), muss dieser gesondert beim zuständigen Träger der Sozialhilfe beantragt werden. Die Abrechnung erfolgt grundsätzlich zwischen den Personensorgeberechtigten und dem Sozialhilfeträger.

§ 13 Inkrafttreten

(1) Diese Elternbeitragssatzung tritt am 01.08.2024 in Kraft.

Cottbus, den 12.06.2024

gez. Tobias Schick
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chóšebuz